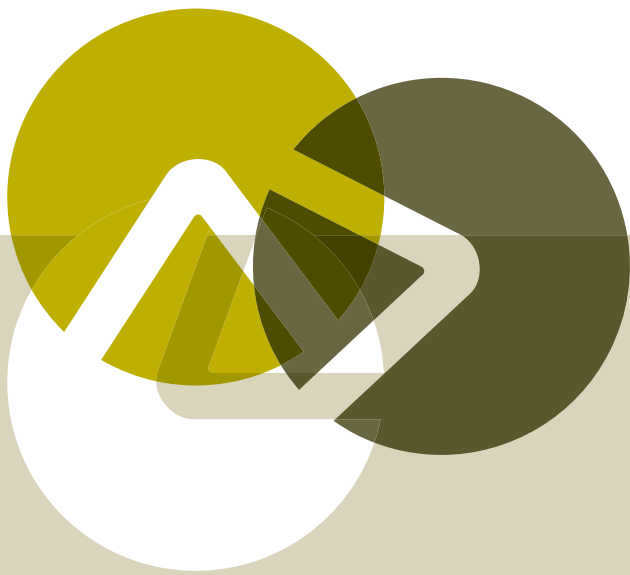


Arbeitsbericht 2013/2014

ÖFFNUNG DER HOCHSCHULEN





Inhalt

EINLEITUNG

- 3 Vorwort des zap
- 4 Vorwort der Arbeitnehmerkammer Bremen
- 5 40 Jahre zap!

SCHWERPUNKTTHEMA

ÖFFNUNG DER HOCHSCHULEN

- 7 Studienzugang: berufliche Qualifizierung!
- 12 „Ich habe das Richtige getan“

FORSCHUNG

- 14 Laufende Projekte

BERATUNG/WEITERBILDUNG

- 20 Ein-Jahres-Kurs
- 22 Zwei-Jahres-Kurs

24 VERANSTALTUNGEN

26 PUBLIKATIONEN

28 KONTAKT

Vorwort des zap

„Zugang schaffen zu Bildung, Gesellschaft und Mitbestimmung“



Wissen und vor allem der gleichberechtigte Zugang dazu ist zentral für die Demokratisierung von Gesellschaft – von dieser Idee wird das Zentrum für Arbeit und Politik getragen. Sich bilden zu können, bedeutet viel mehr als nur die Möglichkeit sich beruflich zu qualifizieren. Es geht um ein selbstbestimmtes Leben, um die Teilhabe an der Gesellschaft. Und nicht zuletzt um den Ausgang aus einer, nicht immer selbstverschuldeten, Unmündigkeit.

„Öffnung der Hochschulen“ – das Schwerpunktthema dieses Arbeitsberichts 13/14, greift dieses Verständnis geradezu idealtypisch auf und zeigt, wo dringender Entwicklungsbedarf besteht. Die Projektskizzen aus der Forschung dokumentieren die Arbeitsbereiche des Zentrums in den Jahren 2013 und 2014. Die beschriebenen Vorhaben belegen eindrucksvoll, dass das Zentrum für Arbeit und Politik wie keine andere Einrichtung an der Universität Bremen den Anspruch ernst nimmt, wissenschaftliche Exzellenz in der Forschung unmittelbar mit Weiterbildung und Beratung zu verknüpfen.

Das Zentrum für Arbeit und Politik hat sich in seiner 40-jährigen Geschichte erfolgreich den wandelnden Ansprüchen an eine universitäre Einrichtung gestellt. Trotzdem ist es seiner Identität als Einrichtung der politischen Weiterbildung immer treu geblieben. Mehr noch: der Ausbau der Drittmittelforschung, die Umstellung der Weiterbildungsangebote im Rahmen der Bologna-Reformen und das Durchlaufen von externen Qualitätstestierungen zeigt, wie das zap mit neuen Perspektiven gestärkt aus diesen Herausforderungen hervorgegangen ist.

Heute und in Zukunft steht das Zentrum für Arbeit und Politik für ausgezeichnete Forschung im Bereich Berufs- und Arbeitswelt sowie der politischen Bildung. Es ist Ausgangspunkt für zeitgemäße Formen politischer Weiterbildung und Beratung.

Lernen Sie uns auf den folgenden Seiten besser kennen. Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an unserer Arbeit.

Prof. Dr. Andreas Klee
Direktor des Zentrums für Arbeit und Politik

Vorwort der Arbeitnehmerkammer Bremen

„Ein Lernansatz, der unseren Bildungszielen entspricht“



Das Zentrum für Arbeit und Politik richtet sich insbesondere an Erwachsene, die sich nicht nur auf speziellen Fachgebieten qualifizieren, sondern auch ihr Grundlagenwissen verbreitern wollen – also mehr erfahren wollen über gesellschaftliche und politische Zusammenhänge. Hier kommen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereichen zusammen: aus Betrieben, Verwaltung und Gewerkschaften, seien es Funktionsträger, Interessenvertreter oder auch Arbeitnehmer ohne ein besonderes Mandat, ganz aus eigenem persönlichen, sozialen und politischen Engagement heraus. Dieser Ansatz des Lernens, der es Menschen ermöglicht, über den beruflichen und auch privaten Tellerrand hinauszuschauen, entspricht im besonderen Maße den Bildungszielen der Arbeitnehmerkammer. Die inhaltliche Zusammenarbeit ist deshalb eine wichtige Bereicherung für die Arbeitnehmerkammer bei der Umsetzung ihres gesetzlichen Auftrages, sich für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bremen einzusetzen.

Parallel zur kürzlich vollzogenen Namensänderung von „Akademie“ in „Zentrum“ (aus aap wird zap) erfolgt nun eine noch engere Zusammenarbeit beider Institutionen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Weiterentwicklung der politischen Erwachsenenbildung in Bremen und der Frage, was die politische Bildung heute noch leisten kann und soll. Nach einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung 2013 haben Arbeitnehmerkammer und zap einen Arbeitskreis gegründet, um weiter mit den Beteiligten im Gespräch zu bleiben und gemeinsam neue Ansätze und Ideen zu formulieren und diese auf den Weg zu bringen.

In der ganz praktischen Zusammenarbeit engagiert sich die Arbeitnehmerkammer insbesondere bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Weiterbildungsangebote, etwa beim „Ein-Jahres-Kurs“. Der Kurs, der sich speziell an die Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen richtet, ist nach wie vor hoch anerkannt in Bremen und wird gut nachgefragt. Die direkte Wissensermittlung und der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben erfolgt hier durch die Arbeitnehmerkammer vor allem zu arbeitsrechtlichen Fragestellungen.

Auf weiterhin gute Zusammenarbeit,

Ingo Schierenbeck
Hauptgeschäftsführer Arbeitnehmerkammer Bremen



40 Jahre zap!

Von Anfang an dabei! Mehr als zwei Jahrzehnte arbeitsweltbezogene Bildung und Forschung am Zentrum für Arbeit und Politik

Am 27. Juli 1971 wurde der Grundstein gelegt. Die neugegründete Reformuniversität Bremen und die Arbeiterkammer Bremen (jetzt Arbeitnehmerkammer Bremen) verpflichteten sich zum gemeinsamen Engagement für die Arbeiterbildung. Ziel des Kooperationsvertrages: arbeitsweltbezogene Forschung zu initiieren, zu fördern und durchzuführen. Dazu gehörte auch der gezielte Wissenschaftstransfer in die Arbeitswelt und die wissenschaftliche Weiterbildung für Arbeiterinnen und Arbeiter.

Aus diesem Kooperationsbereich Universität-Arbeiterkammer (KUA) ist neben dem Institut für Arbeit und Wirtschaft (IAW) auch das Zentrum für Arbeit und Politik (zap), ehemals Akademie für Arbeit und Politik (aap), hervorgegangen.

Vom Modellversuch zur Institution

In der Anfangsphase waren die Angebote und Organisationsformen des Zentrums zunächst ein vierjähriger Modellversuch, begleitet und evaluiert von einem Projektausschuss aus Vertreter_innen von Universität, Arbeiterkammer und Gewerkschaften. Ihre Gutachten und Empfehlungen sorgten dafür, dass das Zentrum als Einrichtung des Kooperationsbereichs dauerhaft institutionell auftreten und arbeiten konnte. Seitdem ist das zap als zentrale Betriebseinheit der Universität Bremen ein stabiler Ort für langfristige wissenschaftlich fundierte politische Bildung und arbeitsweltbezogene Weiterbildungsprozesse.

Zugleich hat das Zentrum für Arbeit und Politik das Ziel der Öffnung der Universität für Arbeitnehmer_innen ohne Hochschulzugangsberechtigung institutionell verfestigt. Seit seiner Gründung vor über 40 Jahren hat sich das zap hinsichtlich seiner Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsmethoden fortlaufend weiterentwickelt. Dies gilt vor allem für das Weiterbildende Studium „Sozialwissenschaftliche Grundbildung“, das seit 1987 als Zwei-Jahres-Kurs angeboten wird. Aber es gilt auch für den seit 2000 angebotenen Ein-Jahres-Kurs „Den betrieblichen Wandel kommunikativ gestalten.“

Praxisforschung als Prinzip

Das Forschungsprofil und -selbstverständnis des zap entspricht dem Typus der „Praxisforschung“. Mit seinen zahlreichen Praxisforschungs-Projekten leistet das Zentrum einen wesentlichen Beitrag zum regionalen und überregionalen Wissenschaftstransfer in die Betriebe, Gewerkschaften, Schulen und andere soziale Einrichtungen.

Öffnung der Hochschulen



Studienzugang: berufliche Qualifizierung!

Lernerfahrungen, Studienmotivation und Bewältigung des Übergangs vom Beruf in die Hochschule

Sinkende Geburtenraten und der daraus folgende branchenübergreifende Mangel an Fachkräften stellt die Politik seit einigen Jahren vor große Herausforderungen. Als Konsequenz wurde ein bildungspolitisches Ziel formuliert: mehr hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden. Eine Voraussetzung, um auf dem europäischen Bildungsmarkt auch zukünftig wettbewerbsfähig bleiben zu können.

Hochschulen für neue Zielgruppen öffnen

Der vergleichende Bildungsbericht der OECD belegt jedoch immer wieder, dass der Anteil von Hochschulabsolvent_innen in Deutschland niedriger ist als in vielen anderen Industrieländern (OECD 2013, 26). Aus diesem Grund sollen Hochschulen auch für neue Zielgruppen geöffnet werden, etwa für beruflich Qualifizierte ohne Abitur. Politische Initiativen und vereinfachte rechtliche Zugangsregelungen schaffen dafür neue Möglichkeiten.

Der dritte Bildungsweg

In diesem Zusammenhang wird von einem noch relativ unbekanntem Bildungsweg in die Hochschulen gesprochen: dem dritten Bildungsweg. Neben dem ersten Bildungsweg – der traditionelle Weg vom Beginn der Schulpflicht bis zum Abitur – und dem zweiten Bildungsweg – dem Nachholen von Schulabschlüssen – existiert damit ein dritter Bildungsweg in die Hochschulen. Bei diesem vergeben die Hochschulen unter bestimmten Voraussetzungen selbst eine Hochschulzugangsberechtigung. Eine entsprechende Definition bietet Wolter an: Der sogenannte „dritte Bildungsweg [...] bezeichnet inzwischen – als Sammelbegriff – alle Wege, die ohne zusätzlichen Schulbesuch über eine berufliche Ausbildung und Tätigkeit zur Hochschule führen“ (Wolter 1994: 9).

Nicht neu, aber wenig bekannt

Auch wenn das Thema in den letzten Jahren wieder verstärkt an Aufmerksamkeit gewonnen hat, hat es sowohl auf politischer als auch auf wissenschaftlicher Ebene bereits eine längere Tradition. Die Möglichkeit ohne Abitur zu studieren, ist nicht neu, aber seit jeher relativ unbekannt. Bereits 1924 wurde in Preußen der besondere Hochschulzugang über eine Prüfung aufgrund einer außergewöhnlichen Befähigung im Beruf eingeführt. Diese Urform existiert bis heute als dritter Bildungsweg und basiert auf neuen landesrechtlichen Hochschulgesetzen, die alternative Hochschulzugangsmöglichkeiten über den dritten Bildungsweg festschreiben (Freitag 2012: 47). Mit dem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) von 2009 wurde der Weg an die Hochschulen über eine berufliche Qualifizierung zuletzt entscheidend erleichtert und wird seitdem wieder breiter diskutiert. Er benennt entsprechende Aufstiegsfortbildungen bzw. berufliche Abschlüsse, die – auch ohne Abitur – zu einer allgemeinen bzw. fachgebundenen Hochschulzugangsberechtigung führen (siehe Abbildung „Drei Bildungswege“ auf Seite 9).

Länder und Hochschulen entscheiden mit

Den KMK-Beschluss haben alle Bundesländer in die Landeshochschulgesetze übernommen. Allerdings weichen Einzelne mehr oder weniger von seinen Empfehlungen ab. Ob sich die Zugangsregelungen wirklich verbessert haben, hängt von den hier zuvor geltenden Regelungen ab. In einigen Bundesländern war es auch vor dem KMK-Beschluss 2009 schon möglich, ein Studium in einem zu ihrem Beruf verwandten Fach ohne Abitur aufzunehmen. In manchen Bundesländern wird sogar der zweiten Gruppe beruflich Qualifizierter ein fachgebundener Hochschulzugang ohne eine Prüfung oder ein Probestudium gewährt.



Hochschulen öffnen – Stimmen zum Thema

„Kompetenzen, die bereits Bestandteil des Berufsabschlusses sind, sollten beim Studium angerechnet werden.“



Kevin Heidenreich
Leiter des Referats Hochschulpolitik
DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

„Ein durchlässiges Bildungssystem ist volkswirtschaftlich sinnvoll. Und es trägt andere Perspektiven und Erfahrungen in die Hochschulen – eine Bereicherung.“



Prof. Dr. Horst Hippler
Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

„Das deutsche Bildungssystem macht es nicht nur Kindern aus den unteren sozialen Schichten schwer, einen akademischen Abschluss zu erreichen, auch die strikte Trennung zwischen akademischer und beruflicher Bildung ist nicht akzeptabel.“



Matthias Anbuhl
DGB-Bundesvorstand,
Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit

Niedersachsen gilt beispielsweise als ein Bundesland mit einer langen Tradition des dritten Bildungsweges und sehr großzügigen Möglichkeiten für Studierende. Dadurch weist es tendenziell einen höheren Anteil an Studierenden ohne Abitur auf (Ulbricht 2012). Alles in allem ergeben sich rechtliche Verbesserungen vor allem dadurch, dass Ausbildungsabsolvent_innen nunmehr ein fachgebundenes Studium nicht mehr nur an Fachhochschulen, sondern auch an Universitäten aufnehmen können. Fortbildungsabsolvent_innen unterliegen außerdem weder bei der Hochschul- noch bei der Studienfachwahl einer Beschränkung. Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass die Hochschulen die Zulassungsvoraussetzungen für die einzelnen Studiengänge selbst bestimmen. Dadurch entstehen länder- und hochschulspezifische Regelungen, die von Studieninteressierten durchschaut werden müssen.

Nur langsamer Anstieg

Der Anteil beruflich Qualifizierter Studierender steigt in den letzten Jahren langsam an, bleibt insgesamt aber auf einem niedrigen Niveau. Während im Jahr 1995 nur 0,5% und im Jahr 2009 bereits 2,1% aller Studienanfänger_innen beruflich Qualifizierte ohne Abitur waren, stieg dieser Anteil im Jahr 2011 auf 2,6%. Davon studierten 42% an staatlichen Fachhochschulen, 22% an der Fernuniversität Hagen, 14% an staatlichen Universitäten, 11% an privaten Fernfachhochschulen und 11% an privaten Universitäten und Fachhochschulen (Freitag 2013: 4f.). Der größte Anteil studiert also an staatlichen Fachhochschulen, wo traditionell eine größere Nähe zur Zielgruppe besteht. Obwohl die Änderungen durch den KMK-Beschluss vor allem den Zugang zu Universitäten offener gestalten, bleibt ihr Anteil dort am geringsten.

Große Hürden, besondere Herausforderungen

Die Hürde, ein Studium an einer Universität aufzunehmen, scheint sehr groß. Die Gründe dafür bleiben bis heute unklar. Als Beispiel können die finanzielle Unsicherheit nach einer Zeit der Berufstätigkeit oder die Anforderungen, die Lernen an diese Zielgruppe stellt, genannt werden. Die politisch oft in Frage gestellte Studierfähigkeit beruflich Qualifizierter Studierender im Vergleich zu Abiturient_innen, wurde diesen bereits in den 1980ern nachgewiesen. Insgesamt wird deutlich, dass viele Studien sich bis heute vor allem mit der Frage beschäftigen, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um den Anteil Studierender auf dem dritten Bildungsweg zu erhöhen. Es existieren hingegen kaum Erkenntnisse über diejenigen, die den dritten Bildungsweg tatsächlich gehen und wie sie diesen bewältigen.

zap-Projekt zu Lernbiographien

Ein neues Projekt am zap will diese Forschungslücke schließen und leistet damit einen Beitrag zur Grundlagenforschung. Es berücksichtigt dabei, dass beruflich Qualifizierte ohne Abitur, die sich nach einer Zeit der Ausbildung und Berufstätigkeit für ein Studium entscheiden, auch im Kontext des lebenslangen Lernens eine besondere Rolle spielen.

Zentrales Ziel der Studie ist, die beruflich Qualifizierten auf dem dritten Bildungsweg zu charakterisieren. Auf Grundlage der empirischen Ergebnisse kann die



Drei Bildungswege

Schulabschluss	Berufliche Voraussetzung	Weitere Voraussetzungen	Zugangsberechtigung
<p>1. Bildungsweg</p> <p>Abschluss der allgemeinen Hochschulreife (Abitur)</p> <p>Abschluss der Fachhochschulreife (Fachabitur)</p>			<p>Beliebiges Fach an Fachhochschulen und Universitäten</p> <p>Studium an Fachhochschulen</p>
<p>2. Bildungsweg</p> <p>z. B. Hauptschulabschluss oder mittlerer Schulabschluss</p>	<p>ggfs. Berufsausbildung (und Berufstätigkeit)</p>	<p>Nachholen des (Fach-) Abiturs, z. B. an Abend-schulen oder Volkshoch-schulen, berufsbegleitend oder in Vollzeit</p>	<p>Beliebiges Fach an Fachhochschulen und Universitäten</p>
<p>3. Bildungsweg</p> <p>z. B. Hauptschulabschluss oder mittlerer Schulabschluss</p>	<p>Beruflicher Aufstieg, z. B. Meister_in, Techniker_in oder Fachwirt_in</p> <p>Mindestens zweijährige Berufsausbildung und dreijährige Berufspraxis</p> <p>eine mindestens zweijährige Berufsausbildung und eine mindestens fünfjährige Berufstätigkeit inklusive der Ausbildungszeit (alternative Zeiten können angerechnet werden, z. B. Elternzeit oder Arbeitslosigkeit)</p>	<p>In einigen Bundesländern und an einigen Universitäten wird eine Eignungsprüfung oder ein einjähriges Probestudium verlangt.</p> <p>Erfolgreich abgeschlossenes Weiterbildendes Studium „Sozialwissenschaftliche Grundbildung“</p>	<p>Beliebiges Fach an Fachhochschulen und Universitäten</p> <p>Bestimmte Fächer an Universitäten und Fachhochschulen</p> <p>Bestimmte Fächer an der Universität Bremen und der Hochschule Bremen</p>

Wer geht den dritten Bildungsweg?



Lernbiographien von Studierenden des dritten Bildungsweges

Bedeutung von Lernerfahrungen in unterschiedlichen Lernumgebungen beschrieben werden. Dadurch ist es möglich, Angebote der beruflichen und gewerkschaftlichen Weiterbildung sowie der Hochschulbildung dafür zu sensibilisieren und die Möglichkeiten des dritten Bildungsweges insgesamt bekannter zu machen. Darüber hinaus sollen Faktoren aufgezeigt werden, die den Übergang vom Beruf zur Hochschule eher befördern oder eher behindern. Darauf aufbauend können Ansätze für weitere Möglichkeiten zur Unterstützung beim Zugang zur Hochschule entwickelt werden. Diese Empfehlungen können sowohl für die Bildungsangebote der Hochschulen als auch der Gewerkschaften und der beruflichen Weiterbildung von Interesse sein.

Projekt Lernbiographien von Studierenden des dritten Bildungsweges: Ziele und Methodik

In der Untersuchung werden ca. 40 Studierende des dritten Bildungsweges deutschlandweit zwischen dem 2. und 4. Semester und studienfachübergreifend mittels problemzentrierter Interviews befragt. Für diese Untersuchung sind besonders die folgenden zwei Fragen von Bedeutung: Welche Lernerfahrungen machen Studierende des dritten Bildungsweges in ihrer Lernbiographie? Und welche Bedeutung haben die Lernerfahrungen in unterschiedlichen Lernumgebungen einerseits für die Studienentscheidung und andererseits bei der Bewältigung des Übergangs in



die Hochschule? Die Methode des problemzentrierten Interviews sieht vor, dass es im Interview um die individuellen Vorstellungen und Meinungen der Interviewten geht. Seine/ihre eigenen Orientierungen und Handlungen werden ernst genommen – als Expert_in der eigenen Bildungs- und Lernbiographie.

Eine erzählgenerierende Eingangsfrage lenkt das Gespräch auf die in der Untersuchung gestellten Problemlagen. Im weiteren Verlauf des Interviews werden die thematischen Aspekte der Erzählung wieder aufgegriffen. Entsprechende Fragen dienen dazu, das Interview in Bezug auf die Fragestellung zu strukturieren. Dies impliziert auch ein „Hervorlocken“ konkreter Erfahrungsbeispiele oder biographischer Episoden, die auch die Erinnerung sowie die persönliche Interpretation der Ereignisse anregen sollen. Klammern die interviewten Personen Bereiche in der Erzählung aus, können durch Ad-hoc-Fragen bestimmte Themen angeregt werden, um eine Vergleichbarkeit der Interviews zu sichern (Witzel 2000).

Die Interviews gehen chronologisch vor und arbeiten einzelne Lebensstationen ab. Zum einen gibt es ein biographisches Interesse. Nicht nur die Lernerfahrungen

in Schule und Beruf, sondern auch in der Freizeit, z. B. durch Hobbys, werden abgefragt. Dabei soll die Rolle des Lernens im Lebenslauf verdeutlicht und der Prozess der Studienentscheidung rekonstruiert werden. Gleichzeitig wird die soziale Einbindung berücksichtigt, um zu prüfen, welchen Einfluss Herkunft und soziales Umfeld auf die Lernerfahrungen haben. Zum anderen spielt die Phase des Übergangs eine besondere Rolle. Dabei sind beispielsweise folgende Fragen von Relevanz: Welche Informationen haben die Befragten eingeholt? Welche Voraussetzungen mussten sie erfüllen?

Kontakt

Projektleitung:

Dr. Eva Anslinger

Tel. (0421) 218-567 12, eva.anslinger@uni-bremen.de

Mitarbeiter:

MA. Jessica Heibült

Tel. (0421) 218-567 11, jessica.heibuelt@uni-bremen.de

Dipl.-Päd. Moritz Müller

Tel. (0421) 218-567 05, moritz.mueller@uni-bremen.de



(Foto nachgestellt)

„Ich habe das Richtige getan“

Kurzporträt einer beruflich qualifizierten Studierenden

Um sich für ein Studium an einer Hochschule zu qualifizieren, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Anstelle eines (Fach-)Abiturs kann auch die berufliche Qualifikation den Zugang zur Hochschule ermöglichen. Dieser Weg ist nicht neu, wird jedoch bis heute nur von einer kleinen Gruppe genutzt. An der Universität Bremen studierten im Wintersemester 2012/2013 ca. 1,2% aller Studierenden ohne Abitur. Wir sprachen mit einer beruflich qualifizierten Studentin über ihre bisherigen Erfahrungen und die Herausforderungen, die ein Studium für sie mit sich bringt.

Edyta ist 45 Jahre alt und studiert „Integrierte Europastudien“ an der Universität Bremen. Gleichzeitig ist sie Verwaltungsangestellte einer internationalen Schiffsagentur und alleinerziehende Mutter einer 8-jährigen Tochter. Von vielen Studierenden der Universität Bremen unterscheidet sie sich nicht nur aufgrund dieser Voraussetzungen, sondern auch durch ihren Bildungsweg: Anders als die meisten ihrer Kommiliton_innen, begann sie nach der mittleren Reife eine Ausbildung zur Rechtsanwalts- und Notargehilfin. Nach 17-jähriger Berufstätigkeit beschloss sie, sich beruflich noch einmal neu zu orientieren und schrieb

sich zum Wintersemester 2012/2013 an der Universität Bremen ein. Den Zugang zum Studium erlangte sie über ein Weiterbildungsangebot des Zentrums für Arbeit und Politik (zap).

Ihre Berufsausbildung beschreibt sie als spannend und interessant. Während der anschließenden Berufstätigkeit verspürte sie aber immer wieder den Wunsch, sich persönlich weiterzubilden und dadurch „die Welt besser verstehen zu können“. Auch der Gedanke, einen höheren Bildungsabschluss anzustreben, war für Edyta immer präsent. Mit der Geburt ihres Kindes kam ein Nachholen des Abiturs über eine Abendschule allerdings nicht mehr in Frage. Dennoch gab sie die Suche nach Alternativen nicht auf. Bei ihrer Recherche stieß Edyta auf eine Besonderheit des Bremischen Hochschulgesetzes: das Weiterbildende Studium „Sozialwissenschaftliche Grundbildung“ am Zentrum für Arbeit und Politik.

Mit dem Abschluss des so genannten Zwei-Jahres-Kurses erwerben Teilnehmer_innen die fach- und ortsgebundene Hochschulreife für sieben Studiengänge an der Universität Bremen, u. a. für den Studiengang „Integrierte Europastudien“.

Edyta besuchte den Kurs mit dem Ziel, danach ein Studium aufzunehmen. Rückblickend habe sie der Zwei-Jahres-Kurs sehr gut auf einige Anforderungen des Hochschulstudiums vorbereitet. So habe sie etwa im Aufbau von Projektarbeiten, der Durchführung von Interviews und dem Umgang mit Literatur anderen Studierenden einiges voraus. Ihre Studienfachwahl hat sie bisher nicht bereut, im Gegenteil: Sie berichtet von überwiegend guten Erfahrungen und guten Leistungen. Das persönliche Interesse für die Studieninhalte empfindet sie als einen zentralen Punkt, um erfolgreich studieren zu können. Edyta interessierte sich bereits vor ihrem Studium für die europäische Union sowie insbesondere für europäische Geschichte, Kultur und Politik. *„Ich kann mir nicht vorstellen, ein Fach, das mich nicht interessiert zu studieren, nur um eine höhere Qualifikation zu erwerben.“*

„Die Grundeinstellung ist wichtig: positives Denken, Selbstorganisation und Selbstdisziplin sind wichtig, sonst funktioniert das nicht.“

Der Neuanfang brachte viele positive Erfahrungen mit sich. Schnell lernte Edyta: (...) *„dass man natürlich alles hinterfragen muss, alles allein machen muss, Laufen von A nach B, Unterlagen einreichen muss, fragen muss (...)“*. Sie betont, dass diese Anforderungen für alle Studierenden gelten, für sie selbst jedoch leichter zu bewältigen waren. Ihre Lebenserfahrung schätzt sie als großen Vorteil ein, da sie, zum Beispiel im Umgang mit Behörden, die notwendige Beharrlichkeit entwickelt hat.

„Universität verbinde ich mit freiem Denken und mit Selbstständigkeit, Anwesenheitspflicht passt da nicht ganz rein!“

Als weitere Herausforderung beschreibt Edyta das Zeitmanagement. Sie versucht die drei Bereiche Studium – Berufstätigkeit – Kind miteinander zu vereinbaren. Da sie in einem Jobsharing-Modell abwechselnd in Vor- und Nachmittags-Schichten arbeitet, kann sie nicht jede Vorlesung besuchen. Mit den Dozenten kann sie das absprechen und trifft auf großes Verständnis. Die Unterstützungsangebote in der Kinderbetreuung von Seiten der Universität empfindet sie hingegen als unzureichend, als wäre *„es für die Universität neu, dass erwachsene Berufstätige mit Kindern ein Studium aufnehmen“*. Die Betreuungsmög-

lichkeiten seien manchmal schwer mit ihrem Alltag zu vereinbaren und fordern ihr Organisationstalent. Vor allem gelte das bei Veranstaltungen am Abend. Trotzdem wäre ein berufsbegleitendes Studium für sie nicht in Frage gekommen. Die Abende und Wochenenden möchte sie mit ihrer Tochter verbringen und diese Zeit außerdem nutzen, um für ihr Studium zu lernen.

„Ich kann mich integrieren, ich sehe da kein Problem [...]. Ich sehe das als Bereicherung – man kann gegenseitig voneinander lernen“

Edyta fühlt sich in einer Vorreiterrolle. Die Möglichkeit, über eine berufliche Qualifizierung zu studieren, ist ihrer Meinung nach noch nicht in der alltäglichen Wahrnehmung angekommen. Daher, und weil sie lange selbst nichts von den Möglichkeiten wusste, wünscht sie sich eine bessere Öffentlichkeitsarbeit der Universität Bremen. Auf Internetseiten anderer Universitäten, vor allem im Ausland, würden ältere Studierende explizit angesprochen und als Bereicherung verstanden.

Trotz ihrer Erfolge im Studium und der Zufriedenheit mit ihrer Studienfachwahl sieht Edyta das Studium nicht als *„Garantie [...], dass ich direkt nach dem Studium eine hochqualifizierte Arbeit finde. [...] Für mich bedeutet das eine zusätzliche Chance. Die Situation der Generation 45 Plus auf dem Arbeitsmarkt sieht heute besonders ungünstig aus. Eine Powerquelle mit Berufs- und Lebenserfahrung ist auf dem Arbeitsmarkt eher unerwünscht. Es gibt heute kaum Arbeitgeber, die einer alleinerziehenden, 45-jährigen Frau eine Arbeit anbieten.“*

Studieren sieht sie als gute Möglichkeit, ihre Qualifikationen zu erhöhen und neue Denkhorizonte zu öffnen. Die Voraussetzungen für Menschen mit einer vergleichbaren Biographie bewertet Edyta grundsätzlich als unbefriedigend und sieht große Entwicklungsbedarfe. *„Alleinerziehende sind oft auf sich selbst allein gestellt und werden von der Politik vergessen. Zwar entstehen neue Kindergartenplätze, aber es fehlt der passende, flexible Sozialrahmen. Es wird oft dabei vergessen, dass auch Grundschulkinder eine Betreuung benötigen. Unsere Gesellschaft wird zunehmend älter. Die Menschen emigrieren, um für sich ein optimales Lebensmodell zu finden. Das alles sind heute Faktoren, die die Beschäftigungspolitik berücksichtigen muss.“*





Laufende Projekte



Karrieremuster und Karrierewege von (ehemaligen) Betriebsrats-Mitgliedern



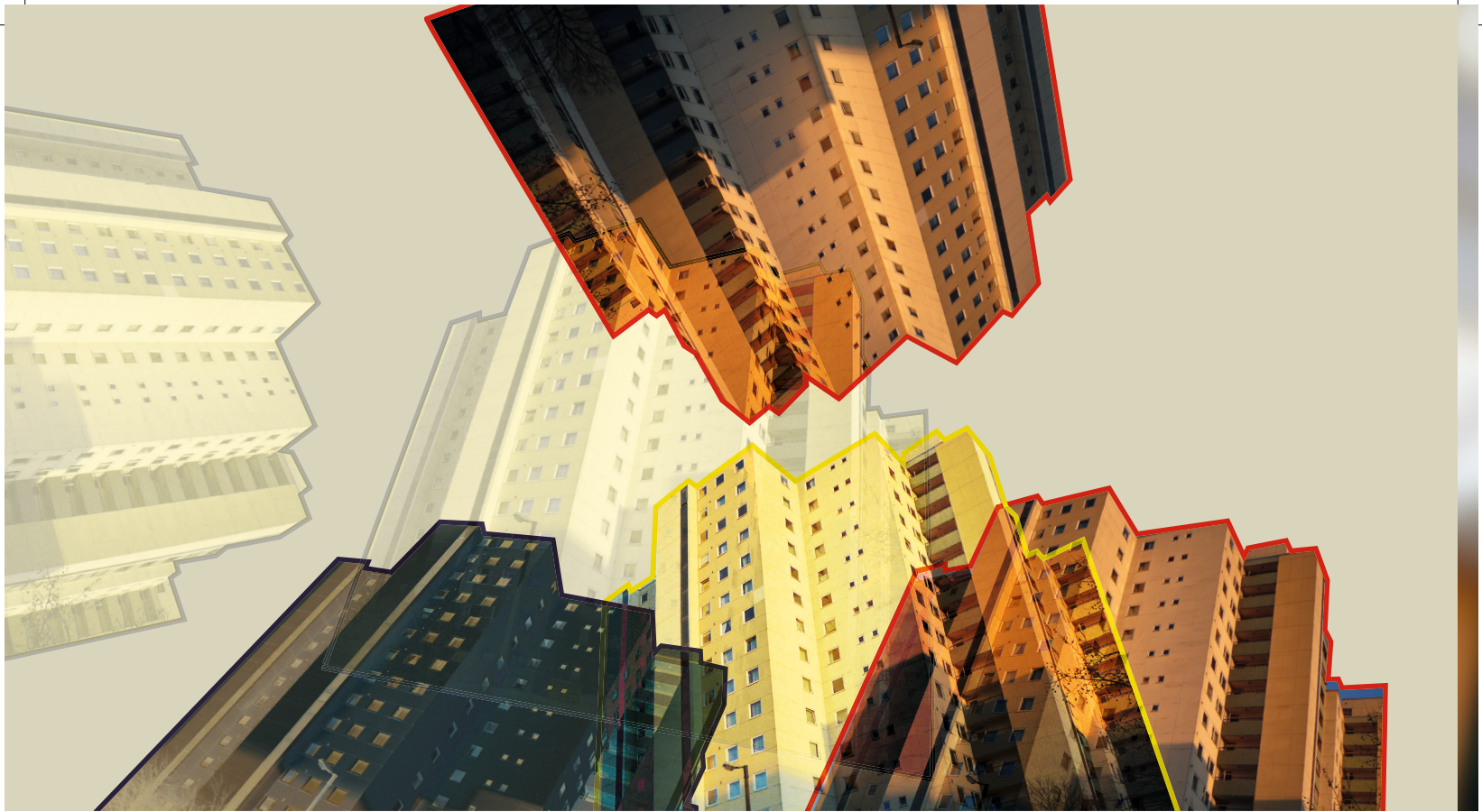
Im Spannungsfeld von beruflicher Entwicklung, betriebsrätlichem Engagement und persönlicher Biographie

Warum scheiden freigestellte Betriebsratsmitglieder inmitten ihres beschäftigungsfähigen Alters, nach einigen Jahren ‚hauptberuflicher‘ Betriebsratstätigkeit wieder aus? Und welche Perspektiven gibt es für ihren weiteren beruflichen Lebensweg?

Diese Fragestellungen sollen im Projekt „Karrieremuster und Karrierewege von (ehemaligen) Betriebsratsmitgliedern“ erforscht werden. Untersucht wird, wie berufsbiographische Entscheidungen im Spannungsfeld von persönlicher Biographie, betriebsrätlichem Engagement und beruflicher Entwicklung zustande kommen und von den Betroffenen erlebt und gestaltet werden. Und ob hierbei geschlechts-, betriebsgrößen- und branchenspezifische Muster erkennbar sind. In Hinblick auf die gewerkschaftliche Praxis wollen wir herausfinden, wie Betriebsratsmitglieder bei ihren berufsbiographischen Entscheidungen unterstützt und begleitet werden können (Personalentwicklung, Qualifizierung, Beratung).

Wie kann gewährleistet werden, dass die langjährigen mitbestimmungspolitischen Erfahrungen und Kenntnisse den weiteren beruflichen Werdegang der ‚Ehemaligen‘ nachhaltig beeinflussen – sprich: wie Ansprüche auf eine humane und demokratische Arbeitswelt und Vorstellungen von ‚guter Arbeit‘ in den neuen beruflichen Funktionen und Positionen ein relevanter Bezugspunkt bleiben (können)? Neben einer umfangreichen Expertenbefragung zu Beginn des Projektes bilden 50 intensive biographisch-themenzentrierte Interviews dessen empirischen Kern. Befragt wurden ehemalige Betriebsratsvorsitzende, Stellvertreter_innen oder zur Betriebsratsspitze zählende Freigestellte, die sich mehrere Jahre wesentlich als Betriebsrätin bzw. Betriebsrat verstanden, bevor sie einen erneuten beruflichen Wechsel in Betracht zogen.

Projektleitung: Prof. Dr. Erhard Tietel
Mitarbeit: Dr. Simone Hocke



Evaluation „Prodüene“



Begleitung eines Pilotprojekts zur Integration einer stigmatisierten Gruppe im sozialen Brennpunkt

Der Bremer Senat führt ein Modellprojekt zur Förderung der gesellschaftlichen Integration der Bewohner_innen der Grohner Düne durch. Es ist zunächst auf zwei Jahre befristet und legt einen besonderen Fokus auf die Gruppe der Mhallamiye. Hintergrund des Projekts ist, dass den Mitgliedern dieser Volksgruppe lange Zeit kein gesellschaftliches Integrationsangebot gemacht wurde. Kulturkonflikt, Stigmatisierung und Ausgrenzung bilden die Ausgangspunkte unterschiedlicher biographischer Verläufe vieler Mhallamiye. Das attraktive Integrationsangebot soll diese Strukturen aufbrechen. Vorhandene Angebote vor Ort sollen ausgebaut, eine nachhaltige Zusammenarbeit im Angebots- und Hilfenetzwerk angestrebt und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowie die ethnische Gruppe selbst mit in die Planung und Implementierung der Angebote eingebunden werden. Als Pilotprojekt geht es auch darum, erfolgreiche Prozesse auf andere Stadtteile zu übertragen. Das Zentrum für Arbeit und Politik begleitet das Projekt und untersucht die Prozesse und Ergebnisse der Angebotsentwicklung.

*Projektleitung: Dr. Frank Meng
Mitarbeit: Anjuscha Jäger*



Ausbildung – Bleib dran



Ein Konzept zur Sicherung des Ausbildungserfolgs

Seit über 10 Jahren fühlt sich das Projekt des Zentrums für Arbeit und Politik (zap), vormals Akademie für Arbeit und Politik (aap), seinem Namen verpflichtet. Unreflektierte Ausbildungsabbrüche in Handwerk und der Gastronomie zu vermeiden, ist das Ziel. Dieses soll durch ein systematisches Konzept von Maßnahmen der Prävention und Intervention erreicht werden. Finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) bietet das zap an insgesamt sieben landbremischen Berufsschulen eine niedrighschwellige Beratung an, in der Auszubildende für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten in ihrem Ausbildungsverhältnis gewonnen werden. Zusätzlich erreicht es die Auszubildenden und Berufsschullehrer_innen mit Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Gleichmaßen können auch Ausbildungsbetriebe das Angebot einer Vermittlung (Ausbildungsmediation) in Anspruch nehmen – vertraulich, neutral und kostenfrei.

Als Schnittstelle im Hilfesystem der beruflichen Bildung verfügt „Ausbildung – Bleib dran“ über ein etabliertes und ständig wachsendes Netzwerk von Unterstützungseinrichtungen. Diese Ressourcen werden genutzt, um bei Bedarf problemzentriert weiter vermitteln zu können. Die eigene konzeptionelle Weiterentwicklung gewährleistet der *Arbeitsausschuss Ausbildungsabbrecher_innen in Bremen* sowie der *Arbeitskreis zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen in Bremerhaven*. Seit 2009 wurden über 500 Beratungsprozesse durchgeführt. 90% aller Ratsuchenden haben ihre Berufsausbildung erfolgreich beendet.



Projektleitung: Dr. Frank Meng
Mitarbeit: Birgit Allen, Ulf Kuhleemann

Staatlichkeit im Wandel und Politische Bildung



Vom Kennerblick für normative Güter und Legitimationsmustern von Jugendlichen

Die Arbeitsgruppe „Staatlichkeit im Wandel und Politische Bildung“ knüpft an die Thesen und Befunde des Sonderforschungsbereichs 597 an. Ziel ist es, den Themenkomplex „Staatlichkeit im Wandel“ in der Politischen Bildung zu etablieren. Dafür soll eine Theoriedebatte über die didaktische und methodische Relevanz des Phänomens des Wandels von Staatlichkeit angeregt werden. Zudem geht es darum, Forschungsmethoden zur Diagnose von lernrelevanten Vorstellungsbildern zu erarbeiten und zu erproben. Darüber hinaus werden im Kontext „Staatlichkeit im Wandel“ bestehende Bildungsmaterialien evaluiert und neue Lehr- und Lernmittel sowie Angebote entwickelt. Die Arbeitsgruppe fokussiert sich dabei auf zwei Forschungsschwerpunkte:

Kennerblick für normative Güter: In der qualitativen Studie von Julia Neuhof werden politikdidaktische und lehr-lerntheoretische Überlegungen verknüpft sowie Lernaufgaben als Lernumgebung im politischen Unterricht konzipiert, um so Urteile von Schülerinnen und Schülern über normative Güter im Rahmen gewandelter Staatlichkeit als mentale Akte verstehen und fördern zu können.

Legitimationsmuster von Jugendlichen: Der politikwissenschaftliche Befund prekärer Legitimitäten verweist auf unterschiedliche Legitimationsniveaus, welche staatliche und nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure in der öffentlichen Bewertung erreichen. Legitimation bzw. Delegitimation beruht hierbei nicht immer auf demokratischen Argumenten. Ausgehend von diesen Befunden sollen im Dissertationsvorhaben von Luisa Lemme Analogien zu den Legitimationsvorstellungen junger Erwachsener gezogen und durch eine quantitative Studie überprüft werden. Ziel ist es, den Legitimationsbegriff als Voraussetzung für Politische Bildung zu klären.

*Projektleitung: Prof. Dr. Andreas Klee
Mitarbeit: Luisa Lemme, Julia Neuhof*

Urteilsbildung



Wie Urteile zustande kommen und sich Urteilskompetenz bildet

Politische Urteilsfähigkeit: Für eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist eine qualitativ hochwertige und fundierte politische Urteilskompetenz von zentraler Bedeutung. Deshalb begreift die Politische Bildung die Schulung der Urteilskompetenz als eine ihrer fundamentalen Aufgaben. Wissenschaftlich weitgehend ungeklärt und damit umstritten bleibt jedoch die Frage, wie Urteile in ihrem Kern zustande kommen und wie sich das Erlernen einer Urteilskompetenz fachdidaktisch gelungen arrangieren ließe. In dem laufenden Forschungsprojekt werden diese Fragen auf einer theoretischen und empirischen Ebene untersucht.

*Projektleitung: Prof. Dr. Andreas Klee
Mitarbeit: Hendrik Schröder*



Medienkompetenz als Politik lernen



Medienkompetenz – Demokratiekompetenz: das Internet als Erfahrungsraum

Insbesondere seit Etablierung des „Web 2.0“ wird das Internet als Möglichkeit demokratischer Teilhabe verstanden. Dabei wird die regulierende Kraft von Staaten in diesem Politikfeld oft unterschätzt. In der politischen Bildung sind beide Dimensionen des Themas relevant: Zum einen wirkt das Internet als unmittelbarer Erfahrungsraum der Lernenden motivierend und kann durch Aufbereitung der politischen Dimension des Themas das Handeln politischer Institutionen exemplarisch transparent machen. Zum anderen trägt eine Erweiterung des Medienkompetenzbegriffs zur Demokratiekompetenz der Lernenden bei. Das Dissertationsvorhaben von Sonja Borski soll klären, wie das Konzept Medienkompetenz in der politischen Bildung anschlussfähig gemacht werden kann und wie Medienkompetenz von Lehrerinnen und Lehrern aufgefasst wird, um zu konzeptionellen Überlegungen für die Lehreraus- und -weiterbildung zu kommen.

*Projektleitung: Prof. Dr. Andreas Klee
Mitarbeit: Sonja Borski*



Ein-Jahres-Kurs

Für Mitglieder von betrieblichen Interessenvertretungen

Den betrieblichen Wandel kommunikativ gestalten

Die Aufgaben und die Rolle von Betriebs- und Personalratsmitgliedern und Mitarbeitervertretungen sind in den letzten Jahren sehr komplex geworden. Unternehmen und Einrichtungen befinden sich in einem beständigen Wandel. Nicht nur in der Industrie, sondern gerade auch im Dienstleistungsbereich, in sozialen, kirchlichen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen hat das Effizienzdenken Einzug gehalten. Betriebs- und Personalratsmitglieder klagen darüber, dass es immer schwieriger wird, mit schrumpfenden Belegschaften und geringen Ressourcen die Qualität der Produkte und Dienstleistungen zu halten. Der Anstieg an psychischen Belastungen ist eine Folge hiervon. Arbeitnehmervertreter_innen sind heute in hohem Maße gefordert, sich pro-aktiv mit der Bewältigung krisenhafter Situationen zu beschäftigen. Nicht selten sind sie weit über ihre gesetzlichen Auf-

gaben hinaus in umfassende Reorganisationsprozesse einbezogen – zuweilen mehr, als ihnen lieb ist. Gemäß dem Motto: „Nicht nur kontrollieren, sondern auch gestalten“ beteiligen sie sich an Steuerungs- und Projektgruppen, übernehmen damit eine größere Verantwortung am unternehmerischen Geschehen – und geraten leicht zwischen alle Stühle. Sie haben es heute mit einer größeren Vielfalt an Beschäftigten- und zunehmend mit prekärer Beschäftigung zu tun und müssen zwischen auseinander driftenden Belegschaften ihre Linie finden.

Fachliche Kenntnisse und methodische Kompetenzen für die Praxis

Die gestiegene Komplexität und der starke Aufgabenzuwachs macht Arbeitnehmer_innenvertretungen sehr zu schaffen. Sie benötigen zum einen tiefes Wissen im Arbeitsrecht und einen Überblick über verschiedene Arbeitszeitmodelle und Tarifverträge sowie Kenntnisse im Bereich Wirtschaft, IT, Arbeits- und Gesundheitsschutz usw.. Zum anderen sind aber auch sogenannte ‚soft skills‘ wichtig wie Fähigkeiten zur Moderation, zum Durchführen und Begleiten von Projekten und zum Umgang mit Konflikten im betrieblichen Alltag. Kurzum: Sie sind mit ihrer ganzen Person gefordert. Dabei geht es im Kontakt mit Geschäftslei-

Themenschwerpunkte des Ein-Jahres-Kurs

- Betriebspolitik und Recht
- Teambildung, Kommunikation und Konflikt
- Arbeitsgestaltung und Gesundheitsschutz
- Öffentlichkeitsarbeit der Interessenvertretung

tung, Personalabteilung, verschiedenen Beschäftigungsguppen, Gewerkschaft und dem eigenen Gremium nicht zuletzt um das Gestalten von Beziehungen. Anknüpfend an den betrieblichen Alltag der Kursteilnehmer_innen werden im Ein-Jahres-Kurs fachliche Kenntnisse und methodische Kompetenzen vermittelt. Der Kurs begleitet Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Mitarbeitervertretungen bei ihrer Professionalisierung, er schafft Raum zum Reflektieren und unterstützt sie bei Ihren Verhandlungen und Auseinandersetzungen.

Kollegiale Beratung

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten bietet der Kurs die Möglichkeit, sich mit anderen Kursteilnehmer_innen über Erfahrungen, aktuelle Ereignisse und Situationen in der Interessenvertretung auszutauschen. So schafft er Raum, voneinander zu lernen, das eigene Selbstverständnis zu betrachten, zu reflektieren und neue Handlungsmuster zu entwickeln und in der Praxis auszuprobieren.

Die kollegiale Beratung gibt Einblick in Lösungsansätze aus anderen Betrieben und dadurch neue Denkanstöße für die eigene Tätigkeit. Sie hilft bei der Klärung des eigenen Rollenverständnisses, bei der Verarbeitung von Konflikten und persönlichen Belastungen, sie dient der Selbstreflexion des eigenen Verhaltens und stärkt nicht zuletzt die eigene Kompetenz im Umgang mit anderen.

„Eine Tankstelle und Oase“

Der Ein-Jahres-Kurs für Betriebs- und Personalratsmitglieder hat sich zu einem festen Bestandteil der politischen Weiterbildungsangebote des Zentrums für Arbeit und Politik entwickelt. Obwohl die rechtlichen Grundlagen und die praktischen Anforderungen

Betriebliches Projekt

Teilnehmende des Kurses entwickeln – in der Regel in Absprache mit dem eigenen Gremium – eine Projektidee, die innerhalb des Kurszeitraums umgesetzt werden soll. Projektbeispiele aus den letzten Kursen sind:

- Entwickeln eines Intranetauftritts des Betriebsrats
- Organisation eines Gesundheitstages
- Neukonzeption und regelmäßiges Erscheinen der Personalratszeitung
- Vorbereitung auf die Übernahme des Betriebsratsvorsitzes
- Integration neuer Mitglieder in das Gremium
- Maßnahmen zum familienfreundlichen Betrieb
- Entwicklung einer Betriebsvereinbarung zum Thema Mobbing
- Maßnahmen zum Abbau psychischer Belastungen

an die einzelnen Interessenvertretungsformen differieren, ergeben sich durch die Ähnlichkeiten in den alltäglichen Erfahrungen und Themen doch große Schnittmengen kollektiven politischen Wirkens. Die gemeinsame Arbeit in der Gruppe trägt den Kurs stabil und wirkt oft weit über das eine Kursjahr hinaus. Es entstehen Netzwerke, in denen die Teilnehmenden auch weiter miteinander kommunizieren. Zum Kursverlauf befragte Teilnehmende haben es in einer Gruppendiskussion so ausgedrückt: „Ich bin sehr gerne hierhergekommen und bedauere, dass es jetzt nicht mehr weiter geht. Für mich war der Kurs eine ‚Tankstelle‘. Hier konnte man reingehen, da wusste man, man hat Solidarität in der Betriebsratsarbeit. Das ist in der Praxis nicht immer so und ich finde, auch Betriebsräte müssen irgendwo an einer Oase auftanken können, damit das Ganze nicht zum Stress wird. Und das war so eine Oase hier.“

Veranstalter:

Zentrum für Arbeit und Politik (zap) und Akademie für Weiterbildung der Universität Bremen. Der Kurs findet in enger Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen statt. Teilnehmer_innen erhalten 12 Credit-Points und ein Zertifikat der Universität Bremen.

Weiterbildendes Studium „Sozialwissenschaftliche Grundbildung“

Zusammenhänge verstehen Wissenschaftlich arbeiten Hochschulzugang erwerben

Die Bereitschaft sich zu engagieren und in öffentliche Belange einzumischen ist, entgegen einer weit verbreiteten Wahrnehmung, seit den 1990er Jahren überall in Deutschland stark angestiegen. Zugleich wird von vielen Sachverständigen mit guten Argumenten eine Entfremdung zwischen Politik und der Bevölkerung festgestellt. Das hat zum einen mit der Politik selbst zu tun, die oft genug nur Mangel verwaltet, Kommunikationsversuche nur halbherzig betreibt oder uns schlicht mit vermeintlich „alternativlosen“ Entscheidungen konfrontiert. Zum anderen erscheinen uns die gesellschaftlichen Wirklichkeiten aber auch immer komplexer und undurchdringlicher. Das macht uns die politische Orientierung, die kritische Bewertung der Verhältnisse und die fundierte Bestimmung eigener Positionen nicht eben leicht. Eine offene, vitale und innovative Demokratie ist aber ohne mündige und unbequeme Bürgerinnen und Bürger nicht zu haben.

Inhalte des Zwei-Jahres-Kurses

Erstes Jahr:

Biographische Einführungsphase

Jeweils sechswöchige Theorie-Module

- Gesellschaft und Politik
- Arbeit, Wirtschaft, Technik
- Alltag und Kultur

Zweites Jahr:

Forschendes Lernen

25 Jahre politische Erwachsenenbildung

Einer solch offenen Gesellschaft fühlt sich das berufsbegleitende Weiterbildende Studium „Sozialwissenschaftliche Grundbildung“ (kurz: Zwei-Jahres-Kurs) verpflichtet. Als etabliertes, bundesweit einmaliges Angebot der langfristigen politischen Erwachsenenbildung bringt der Zwei-Jahres-Kurs seit 26 Jahren mit inzwischen fast 1.000 Teilnehmenden erfolgreich ganz unterschiedliche Bildungsinteressierte in einen Lernzusammenhang: Menschen unterschiedlichen Alters, mit verschiedenen Lernvoraussetzungen und Berufserfahrungen, sozialen Lebenslagen und Milieuzugehörigkeiten, kulturellen Selbstverständnissen und Einstellungsmustern.

Biographien als Ausgangspunkt

Die sich in den Studiengruppen abbildende Vielfalt wird in der biographischen Einführungsphase zum Ausgangspunkt der sozialwissenschaftlichen Grundbildung. Ihre je unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensbedingungen nehmen die Teilnehmenden gemeinsam in den Blick, reflektieren dabei die Bedeutung konkreter Sozialisationsformen, die wiederum an zeitgeschichtlich bedingte, politische, kulturelle und ökonomische Bedingungen gekoppelt sind. Mit Hilfe von sozialwissenschaftlich gestützten Thesen wird die gegenwärtig herausragende Bedeutung bestimmter Institutionen für die gesellschaftliche Stellung herausgearbeitet, aber auch die Herausbildung bestehender Strukturen und ihrer Veränderungen diskutiert.

Die deutlich werdende Vielfalt an Positionen in den Sozialwissenschaften wie auch an Einstellungen in der Gruppe bildet schon in dieser Einführungsphase den Nährboden für eine Streitkultur, die Vielfalt als Bereicherung erfahrbar macht. Über die gesamten zwei Jahre hinweg bleiben die Erfahrungen, Interessen und Einstellungen der Teilnehmenden ein entscheidender Faktor in der Bearbeitung von selbst gewählten, gesellschaftlich bedeutsamen Themenfeldern.



Themen bearbeiten

In einem zweiten (Theorie-)Modul setzen sich die Studiengruppen exemplarisch in den Feldern „Gesellschaft und Politik“, „Arbeit, Wirtschaft, Technik“ und „Alltag und Kultur“ intensiv über je sechs Wochen mit relevanten Fragestellungen auseinander, auf die sie sich selbst verständigt haben. Dabei gewinnen sie nicht nur exemplarisch Wissen, sondern werden vertraut im Umgang mit wissenschaftlichen Texten, lernen, sich Themenfelder eigenständig zu erschließen, bilden sich ihre Positionen und können diese in die Diskussion bringen.

„Forschend lernen“

Neben dem biographischen und exemplarischen Lernen tritt im zweiten Jahr des Kurses das „forschende Lernen“. Hier verständigen sich die Studiengruppen angeleitet auf ein Forschungsthema, das sie ein Jahr lang bearbeiten. Es beginnt ein Prozess, in dem die Gruppe den überschaubaren Forschungsgegenstand auch in einen größeren Bedeutungszusammenhang stellen kann. Dort entfalten sich Fähigkeiten in der Team- und Projektarbeit, die nach einem Jahr gemeinsamer Arbeit in einen Forschungsbericht münden, der gedruckt und präsentiert wird.

Den Zugang zur Hochschule öffnen

Der Zwei-Jahres-Kurs leistet zudem in zweierlei Hinsicht einen Beitrag zur Öffnung der Hochschulen. Er schafft zum einen den Rahmen, in dem sich Menschen

gemeinsam den Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen auch mit Hilfe des Erwerbs von Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens und der empirischen Sozialforschung erschließen. Dies betrifft die Ebenen des Wissenschaftstransfers und die Selbstbefähigung zum wissenschaftlichen Arbeiten. Zum anderen ermöglicht der erfolgreich abgeschlossene Zwei-Jahres-Kurs den Teilnehmenden die Aufnahme eines Regelstudiums in verschiedenen Fächern an der Universität und der Hochschule Bremen auch ohne Abitur. Diese Öffnung der Hochschulen ist für etwa ein Drittel der Teilnehmenden relevant – sie werden gleichsam im politischen Bildungsprozess auf ein Hochschulstudium vorbereitet.

Mehrfach wurde der Zwei-Jahres-Kurs bereits wissenschaftlich untersucht. Dabei stellte sich regelmäßig heraus, dass die große Mehrheit der Teilnehmenden den Lernprozess als angenehme, lehrreiche und bisweilen einschneidende Erfahrung wertet. Große Bedeutung kommt dem gewachsenen Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge sowie der Stärkung des Selbstbewusstseins hinsichtlich der Vertretung aber auch der Infragestellung eigener Positionen. Insgesamt bestätigen unsere ehemaligen Teilnehmenden, dass sie sich auch mit Hilfe des Kurses besser in der Gesellschaft einmischen und behaupten können und dass der Kurs oft genug auch weiterführende Bildungsprozesse (z. B. ein Hochschulstudium) nach sich zog.



Veranstaltungen

◀ 2012

Erfolgreiche Qualitätstestierung des zap nach LQW

12.09.2012

100. Sitzung des Arbeitsausschusses Ausbildungsabbrecher_innen

15 Jahre „Ausbildung – Bleib dran“

Handwerkskammer Bremen

10.09.2012

Die Kunst, hohe Belastungen zu bewältigen: Resilienz stärken

Arbeitnehmerkammer Bremen

15.10.2012

Eröffnung des akademischen Jahres XXV

Zentrum für Arbeit und Politik

17.10.2012

60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz Ringem um Anerkennung und (Mit-)Gestaltung

Haus der Wissenschaft

15.11.2012

Führung durch Beziehung – Anregungen für gute Führung in der Interessenvertretung

27.11.2012

◀ 2013

Eröffnung des DGB-Bildungszentrums

Besenbinderhof

21.02.2013

Bremer Gespräche zur Politischen Bildung

mit Prof. Dr. Sibylle Reinhardt, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Arbeitnehmerkammer Bremen

09.04.2013

un-üb-er-sichtlich!

Welche konzeptionellen Antworten hat die Politische Bildung auf die Herausforderungen des Alltags?

Arbeitnehmerkammer Bremen

30.05.2013

Karrierewege und Wissenschaftstransfer von ausscheidenden Interessenvertretungsmitgliedern

zhb – Zentrum für Hochschulbildung, Dortmund

20.06.2013

30x30. Das Format für Politische Bildung

„Das Ende der (Bewegungs-)Freiheit – Wie mobil sind wir in Zukunft?“

verschiedene Orte

14.08. – 15.09.2013



◀ 2014

Eröffnung des akademischen Jahres XXVI

Zentrum für Arbeit und Politik
30.10.2013

Bremer Gespräche zur Politischen Bildung

mit Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Universität Bielefeld
KonferenzCentrum im FinanzCentrum
der Sparkasse Bremen
19.11.2013

Wie (a)sozial sind soziale Netzwerke?

Tagungszentrum des DGB-Bildungswerks
Hattingen
20./21.11.2013

Offen für Neues – Politische Bildung in Bremen und Bremerhaven

Bremische Bürgerschaft
03.04.2014

Die Freistellung: Einbahnstraße oder Karrieresprungbrett?

Arbeitnehmerkammer Bremen
01.07.2014

Wissenschaft-Praxis-Dialog der Hans Böckler Stiftung „Laufbahngestaltung von Betriebsratsmitgliedern“

Radisson Blu Hotel Düsseldorf
15./16.09.2014

Eröffnung des akademischen Jahres XXVII

Zentrum für Arbeit und Politik
29.10.2014

Wohin? Zurück! – Vorwärts! Wohin?

Erinnern und Vergessen als Herausforderung politischer Bildung

Handwerkskammer Bremen
06.11.2014

Publikationen

Anslinger, Eva gemeinsam mit Quante-Brandt, Eva (2013): Blockierte Zukunft? Qualitative Studie zur Selbsteinschätzung von Literalitätskompetenzen und Motivationslagen am Übergang Schule-Beruf. Münster: Waxmann-Verlag.

Anslinger, Eva gemeinsam mit Masche, Sanne (Hrsg.) (2012): Integration durch Ausbildung. Qualifizierung mit Facharbeiterbrief für junge Erwachsene nach § 45 Berufsbildungsgesetz. Ein Handlungsleitfaden am Beispiel eines BIWAQ-Projekts. Bremer Beiträge zur Praxisforschung, Universität Bremen.

Haasler, Simone R. (2013): Employability skills and the notion of 'self'. International Journal of Training and Development, Volume 17, Issue 3, pp. 233-243

Haasler, Simone R. (2012): Arbeitswelt und Sozialstaat in Frankreich. Einzelrezensionen. Neue Politische Literatur, 57, 357 – 358

Heibült, Jessica gemeinsam mit Mehlis, Peter; Eberwein, Wilhelm; (2013): Arbeitsmarktintegration durch Weiterbildung. Die „Qualifizierungsoffensive der Hafenvirtschaft“ als exemplarischer Fall, Berlin: edition sigma

Heibült, Jessica gemeinsam mit Anslinger, Eva (2012): Den dritten Bildungsweg neu denken – zur Bedeutung individueller Lernbiographien für die Studienentscheidung und die erfolgreiche Bewältigung des Übergangs Beruf-Hochschule, in: Berufs- und Wirtschaftspädagogik – online: 23, 1 – 19

Hocke, Simone (2012): Konflikt-Lernen – Möglichkeiten und Begrenzungen am Beispiel von Betriebsräten. In: Erwachsenenbildung und Lernen: Dokumentation der Jahrestagung der Sektion Erwachsenenbildung der DGfE 22. – 24. September 2011 in Hamburg. Hohengehren: Schneider-Verlag, S. 268-280

Hocke, Simone (2012): Konflikte im Betriebsrat als Lernanlass. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lemme, Luisa gemeinsam mit Klee, Andreas; Neuhoof, Julia (2014): Der Wandel von Staatlichkeit als Ausgangs- und Zielpunkt politischer Urteilsbildung, in: Eis, Andreas; Salomon, David: Gesellschaftliche Umbrüche gestalten. Transformationen in der Politischen Bildung, Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag

Mehlis, Peter gemeinsam mit Eberwein, Wilhelm; Heibült, Jessica
(2013): Arbeitsmarktintegration durch Weiterbildung. Die „Qualifizierungsoffensive der Hafenwirtschaft“ als exemplarischer Fall, Berlin: edition sigma

Mehlis, Peter gemeinsam mit Eberwein, Wilhelm; Heibült, Jessica
(2013): Beschäftigungsperspektiven für Arbeitslose durch betriebsnahe und zielgruppenspezifische Qualifizierung, in: WSI-Mitteilungen 4/2013, 289 – 296

Neuhof, Julia gemeinsam mit Klee, Andreas; Lemme, Luisa
(2013): Von Tischen, Königen und Politikleuten – Das narrationsbasierte Verstehen von Begriffen und seine Bedeutung für die sozialwissenschaftliche Bildung, in: Zeitschrift für die Didaktik der Gesellschaftswissenschaften 2013: 2/13, 96 – 120

Jäger, Anjuscha gemeinsam mit Quante-Brandt, Eva
(2013): lea.-Lernmaterial, 1., Münster: Waxmann-Verlag

Jäger, Anjuscha gemeinsam mit Quante-Brandt, Eva
(2012): Anspruch und Wirklichkeit eines BIWAQ-Modellprojekts zur Verbesserung des Zugangs von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Qualifikation und Ausbildung, in: Bojanowski, Arnulf; Eckert, Manfred: Black Box Übergangssystem, Münster: Waxmann-Verlag, Zwischenergebnisse aus der Begleitforschung

Tietel, Erhard (Hrsg.) gemeinsam mit Kunkel, Roland
(2011): Reflexiv-strategische Beratung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Tietel, Erhard gemeinsam mit Kunkel, Roland
(2011): Reflexive Beratung für Arbeitnehmervertreter – Konzepte und Erfahrungen, in: Hahne, Anton: Beratung und Arbeitnehmerinteressen, Bremen: Europäischer Hochschulverlag

Klee, Andreas gemeinsam mit Tischner, Christian
(2014): Demokratie in der Schule, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Klee, Andreas
(2013): Soziologie und Politikunterricht, in: Deichmann, Carl; Tischner, Christian: Ansätze der politischen Bildung, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 41-55



Zentrum für Arbeit und Politik

Am Fallturm 1 (TAB-Gebäude)

28359 Bremen

Telefon: 0421 - 218 56701

oder: 0421 - 218 56702

info@zap.uni-bremen.de

www.zap.uni-bremen.de

In Kooperation mit



Akademie

für Weiterbildung der Universität Bremen

Impressum

Redaktion: Andreas Klee, Ulrike Meyerdierks
und Christina Volkmer

Titelfoto, Fotografie: Kerstin Rolfes

S. 16, Grohner Düne:

commons.wikimedia.org, Florean Fortescue

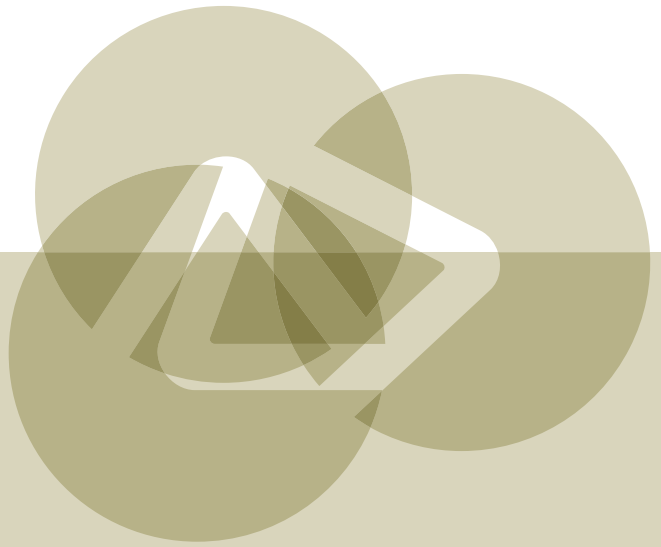
Shutterstock: Pressmaster, Kamenetskiy

Konstantin, littleny; Fotolia.com

u. a.

Textbearbeitung: Petra Schröder

Gestaltung: Glinsmann Design



NEUGIERIG BLEIBEN!

